

ANFRAGE Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 5. Februar 2008	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	48. Plenarsitzung des Gemeinderates 11.03.2008 1313 20 a öffentlich
Abschaffung der Gebühren für Kindergärten und Kindertageseinrichtungen: Gebührenfreie Kindergärten durch Anhebung der Grundsteuer		

1. Wie hoch liegt der Karlsruher Hebesatz der Grundstückssteuer B in Bezug auf den Durchschnitt der Hebesätze in den Stadtkreisen Baden-Württembergs (nach Hebesatzpunkten und in Prozent)?
2. Ist es richtig, dass Karlsruhe von den Stadtkreisen in Baden-Württemberg den niedrigsten Hebesatz bei der Grundsteuer B hat?
3. Wie hoch wären die voraussichtlichen Einnahmen zu beziffern, wenn der Karlsruher Grundsteuerhebesatz B genau auf den Landesdurchschnitt der Stadtkreise in BW angehoben würde?
4. Wie hoch wären diese Einnahmen im Vergleich zu den voraussichtlichen Aufwendungen der Stadt für die Abschaffung der Kindergartengebühren in 2009 und 2010 nach dem Heilbronner Modell?

Sachverhalt / Begründung:

Als Kompensation für die Abschaffung der Kindergartengebühren in Heilbronn in 2008 und 2009 verzichtete der Heilbronner Gemeinderat auf die ehemals beabsichtigte Wiederabsenkung des Hebesatzes der Grundsteuer B. Die Stadt Heilbronn liegt damit immer noch unter dem landesweiten Durchschnitt der Hebesätze der Stadtkreise.

Angesichts des sehr niedrigen Hebesatzes der Grundsteuer B in Karlsruhe kann durchaus erwogen werden, einen ähnlichen Weg zu gehen, nämlich die Kindergarten- und Kita-Gebühren für 2 Jahre abzuschaffen und den im Landesvergleich sehr niedrigen Hebesatz der Grundsteuer B anzuheben. Durch die Attraktivität des Angebots kostenfreier Kigas und Kitas kann zudem mit

Kompensationseffekten wie vermehrtem Zuzug ins Stadtgebiet und entsprechenden Steuermehreinnahmen gerechnet werden.

Gleichzeitig sollten Gemeinderat und Stadt Karlsruhe - gemeinsam mit der Stadt Heilbronn, gegebenenfalls noch anderen Städten und Gemeinden - bei Bund und Landesregierung vorstellig werden und für eine Co-Finanzierung, v. a. der Landesregierung eintreten. Kindergärten und Kindertageseinrichtungen werden immer mehr zu Bildungsstätten - hieraus ergibt sich zwingend eine Zuständigkeit des Landes, die seitens der CDU/FDP Landesregierung schlicht verweigert wird.

Spätestens zum Doppelhaushalt 2009/2010 werden diese Themen auf die Agenda des Karlsruher Gemeinderates gebracht werden.

unterzeichnet von:
Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -
29. Februar 2008